



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2017

Jahrgang 68 (2017) Heft 2

Impressum

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Prof. Dr. Wim Kösters

© RWI 2017

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2017

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung im
Frühsommer 2017**

Jahrgang 68 (2017)

Heft 2



Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Weiterhin gute Konjunktur

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,
Philipp Jäger, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Torsten Schmidt 5

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland

György Barabas, Roland Döhrn, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt und Klaus
Weyerstraß 17

Kasten Alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten 19

Die Lage am Stahlmarkt: Nachfrage nach Stahl belebt sich

Roland Döhrn 35

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp Jäger, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt

Weiterhin gute Konjunktur¹

Zusammenfassung: Die deutsche Konjunktur zeigt sich weiterhin in einer guten Verfassung. Sie wird nach wie vor von der Binnennachfrage getragen. Dabei haben die Investitionen, die bisher schwach waren, an Kraft gewonnen. Hinzu kommt, dass die Außenwirtschaft inzwischen wieder positiv zur gesamtwirtschaftlichen Expansion beiträgt. Wir erwarten für 2017 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,6% (arbeits-tätiglich bereinigt 1,8%), womit wir die Prognose um 0,3%-Punkte gegenüber der vom März anheben. Für 2018 wird ein Wirtschaftswachstum von 1,8% prognostiziert. Dabei wird eine Inflationsrate von 1,6% in diesem und im kommenden Jahr erwartet. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich weiter verbessern und die Arbeitslosenquote auf voraussichtlich 5,7% in diesem und 5,5% im kommenden Jahr sinken. Auch wenn die Finanzpolitik in diesem Jahr expansiv ausgerichtet ist, bleibt die Lage der Staatsfinanzen günstig. Die öffentlichen Haushalte dürften weiterhin hohe Überschüsse erzielen, die sich in Relation zum BIP auf 0,7% in diesem bzw. auf 0,8% im kommenden Jahr belaufen dürften.

Abstract: The German economy is still in a good shape. The upswing continues to be driven by domestic demand. In particular investment, which has been weak hitherto, has gained momentum. In addition, also net exports contribute to the expansion of gross domestic product (GDP). We expect GDP to grow by 1.6% in 2017 (working day adjusted 1.8%), which means an upward revision of 0.3 percentage points compared to our forecast published in March. For 2018 GDP growth of 1.8% is projected. Inflation will reach 1.6% in the current and the next year, respectively. The situation on the labor market is expected to improve further. The unemployment rate will decrease to 5.7% in 2017 and 5.5% in 2018. Despite the fiscal policy stance being slightly expansionary, the fiscal budget continues to be in surplus, which could reach 0.7% relative to GDP in this year and 0.8% next year.

¹ Abgeschlossen am 9.6.2017.. Wir danken Wim Kösters und Sabine Weiler für ihre Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse roland.doehrn@rwi-essen.de.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland geht nun ins fünfte Jahr und ist nach wie vor robust. Die im Verlauf des vergangenen Jahres beobachtete Verlangsamung des Expansionsstempos hat sich nicht fortgesetzt; vielmehr hat sich der Anstieg der Produktion in der ersten Jahreshälfte 2017 gegenüber der zweiten Hälfte des Vorjahres beschleunigt. Zudem steht die Aufwärtsbewegung mittlerweile auf einer breiteren Basis. Von den Investitionen, die zuvor eher schwach geblieben waren, gingen nicht zuletzt aufgrund der weiter steigenden Kapazitätsauslastung des Produktionspotenzials wieder spürbare Impulse aus. Auch der Außenbeitrag trug positiv zur gesamtwirtschaftlichen Expansion bei, nachdem er im vergangenen Jahr noch dämpfend gewirkt hatte. Bei alledem wurde die Beschäftigung erneut spürbar ausgeweitet, was abermals die privaten Konsumausgaben anregte.

Die aktuellen Indikatoren sprechen für eine weiterhin gute Konjunktur. Am Arbeitsmarkt weisen die hohe Zahl offener Stellen und der IAB-Arbeitsmarktindikator auf eine ungebrochene Dynamik hin. Auch hat sich die Stimmung in der Wirtschaft weiter verbessert. So erreichte der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft im Mai den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung; die Beurteilung der Lage befindet sich dabei auf einem historischen Hoch. Auch die Erwartungen haben sich seit Jahresbeginn verbessert; waren dabei bisher Handel und Bauwirtschaft die treibenden Kräfte, so hat die gute Stimmung nunmehr auch auf das Verarbeitende Gewerbe übergreifen.

Dazu trug wohl ein freundlicheres weltwirtschaftliches Umfeld bei. Zum einen setzte sich der Aufschwung im Euro-Raum fort. Zum anderen scheint die weltwirtschaftliche Expansion wieder „handelsintensiver“ zu sein. Lag in den Jahren ab 2012 die Welthandelselastizität – also die Relation aus den Zuwachsraten des Welthandels und der Weltproduktion – unter Eins, besonders ausgeprägt im Jahr 2016, so hat sie sich zuletzt deutlich erhöht, wohl insbesondere, weil die Importe der Schwellenländer wieder rascher zulegen. Dies begünstigt die deutschen Exporteure, für die gerade der asiatische Raum als Absatzmarkt an Bedeutung gewonnen hat. Zwar dürften die aktuell wieder fallenden Rohstoffpreise die Kaufkraft der Rohstoffe exportierender Länder schmälern. In den rohstoffimportierenden Ländern dämpft dies jedoch den Preisauftrieb und stärkt so die Kaufkraft.

Da die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte weiterhin intakt sind und nun von der außenwirtschaftlichen Seite her unterstützt werden, sind die Chancen günstig, dass sich der Aufschwung in Deutschland fortsetzt, und zwar mit gegenüber dem guten ersten Quartal nur wenig verminderten Raten (Schaubild 1). Für 2017 prognostizieren wir eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,6%, was arbeitstäglich bereinigt einem Plus von 1,8% entspricht (Tabelle 1). Damit revidieren wir unsere

Tabelle 1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2015 bis 2018; in %

	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,3	1,8	2,1	1,7
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,8	1,8
Kalendereffekt ³	0,2	0,1	-0,3	0,0
Durchschnittliche Veränderung	1,7	1,9	1,6	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten realen BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^PEigene Prognose.

Prognose gegenüber der vom März um 0,3%-Punkte nach oben (Döhrn et al. 2017). Für 2018 erwarten wir wie bei unserer Prognose vom März einen Zuwachs des realen BIP um 1,8%.

Ausschlaggebend für die Aufwärtsrevision der Prognose ist eine günstigere Einschätzung des außenwirtschaftlichen Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Expansion. Zum einen schlägt sich die kräftigere Ausweitung des Welthandels in einer etwas dynamischeren Exportentwicklung nieder, zum anderen wurden zuletzt die Einfuhren etwas schwächer ausgeweitet als in der März-Prognose erwartet.

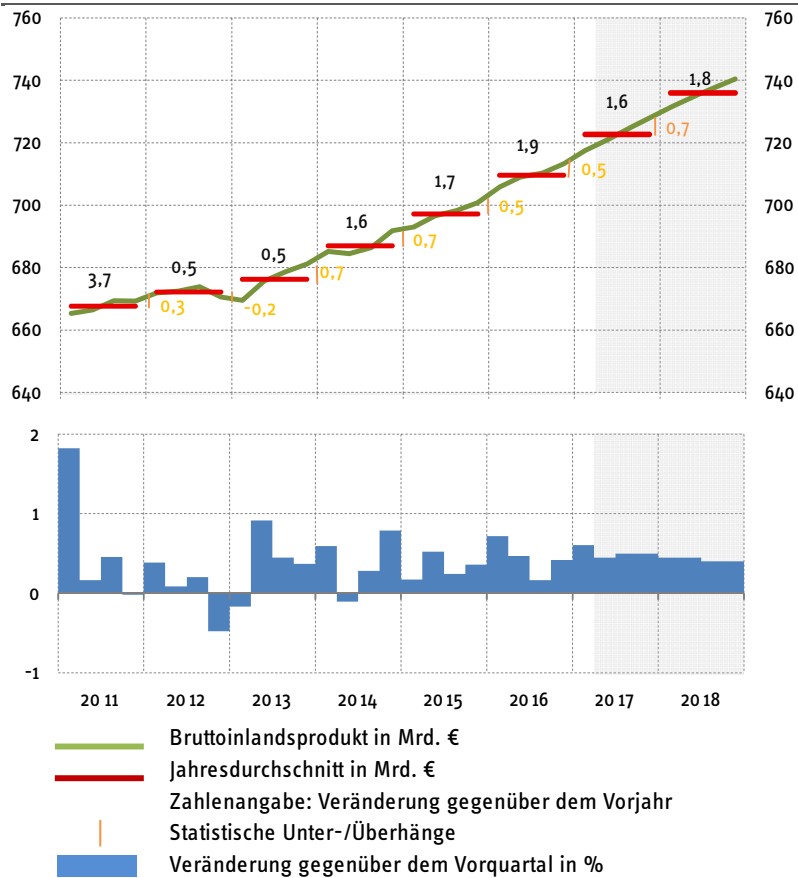
Wenig geändert hat sich hingegen unsere Einschätzung der binnenwirtschaftlichen Expansion. Bei unverändert niedrigen Zinsen und zunehmenden Einkommen dürften die Bauinvestitionen eine Triebkraft der Konjunktur bleiben. In den vergangenen Monaten haben sich beträchtliche Auftragsbestände angesammelt, die nun allmählich abgearbeitet werden. Auch deutet der Anstieg der öffentlichen Investitionen darauf hin, dass sich die vom Bund bereitgestellten Mittel vermehrt in Baumaßnahmen niederschlagen. Einer kräftigeren Zunahme der Bautätigkeit stehen allerdings Kapazitätsengpässe entgegen, die sich mittlerweile auch in einem verstärkten Anstieg der Baupreise bemerkbar machen.

Die privaten Konsumausgaben dürften aufgrund der zunehmenden Beschäftigung, der steigenden Reallöhne und der wegen der Rentenanpassungen kräftig expandierenden monetären Sozialleistungen weiterhin spürbar zulegen, zumal die dämpfenden Wirkungen der Rohölverteuerung auf die Kaufkraft aus heutiger Sicht auslaufen: Anfang Juni kostete Rohöl etwa so viel wie vor einem Jahr. Deutlich schwächer expandieren werden hingegen voraussichtlich die staatlichen Konsumausgaben, auch

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

Schaubild 1
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2011 bis 2018; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab zweites Quartal 2017 eigene Prognose.

wegen geringerer Aufwendungen zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration. Bei steigender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen dürften sich die im bisherigen Aufschwung eher verhalten ausgeweiteten Ausrüstungsinvestitionen beleben, auch wenn ihr Zuwachs wohl hinter dem früherer Aufschwungphasen zurückbleibt.

RWI Konjunkturberichte 68 (2)

Vor dem Hintergrund auslaufender Basiseffekte bei Energiepreisen und preisdämpfender außenwirtschaftlicher Impulse hat sich der Preisauftrieb seit Jahresbeginn etwas abgeschwächt. Zuletzt sind die Rohstoffpreise wieder gesunken und der Wechselkurs des Euro hat gegenüber seinen Handelspartnern deutlich aufgewertet. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb dürfte sich bei steigender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten hingegen leicht beschleunigen. Für dieses und das kommende Jahr erwarten wir eine Steigerung der Verbraucherpreise um jeweils 1,6% (Tabelle 2). Die Kerninflation dürfte dabei von 1,5% in diesem auf 1,6% im kommenden Jahr steigen.

Die kontinuierliche und spürbare Ausweitung der Produktion sorgt für eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften. Abzulesen ist dies zum einen am hohen Zugang von gemeldeten Stellen, wobei der hohe Bestand offener Stellen dafür spricht, dass diese nur mit Schwierigkeiten besetzt werden können. Zum anderen steigen die effektiv gezahlten Löhne rascher als die tariflich vereinbarten. Zudem sinkt die Arbeitslosigkeit weiterhin spürbar, obwohl die Wirkungen der Flüchtlingsmigration der vergangenen Jahre allmählich am Arbeitsmarkt sichtbar werden. So steht eine wachsende Zahl von Flüchtlingen nach Abschluss der Eingliederungsmaßnahmen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Etwa die Hälfte davon war allerdings zuletzt als arbeitslos registriert (IAB 2017).

Alles in allem wird der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung maßgeblich für die Ausweitung der Erwerbstätigkeit bleiben, welche in diesem und im kommenden Jahr um 1,4% bzw. 1,1% zulegen wird. Die Arbeitslosigkeit dürfte rückläufig bleiben, wenngleich die hohe registrierte Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen den Rückgang leicht dämpfen wird. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr von 6,1% auf 5,7% und im Jahr 2018 auf 5,5% sinken wird.

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr expansiv ausgerichtet. Maßgeblich hierfür sind die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Entlastungen bei der Einkommensteuer und die Aufstockung der Ausgaben in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Verkehrsinfrastruktur sowie bei den Militärausgaben. Auch kommt es zu Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung, denen steht jedoch eine Anhebung des Beitragsatzes gegenüber. Insgesamt beläuft sich der fiskalische Impuls auf 12 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP auf 0,4% (Döhrn et al. 2017: 71). Für das kommende Jahr geht diese Prognose aufgrund der bislang beschlossenen Maßnahmen von einer annähernd konjunkturneutralen finanzpolitischen Ausrichtung aus. Etwasige finanzpolitische Maßnahmen nach der im Herbst 2017 anstehenden Bundestagswahl sind mithin nicht berücksichtigt.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

Tabelle 2

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose Juni 2017

2016 bis 2018, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2016	2017 ^P	2018 ^P
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹	1,9	1,6	1,8
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	2,6	1,4	1,7
Private Haushalte ²	2,1	1,2	1,5
Staat	4,0	2,1	2,1
Anlageinvestitionen	2,2	1,7	3,2
Ausrüstungen	1,1	0,8	3,6
Bauten	2,8	2,1	3,2
Sonstige Anlagen	2,6	2,5	2,4
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,2	0,0	-0,1
Inlandsnachfrage	2,3	1,5	2,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,2	0,2	0,0
Ausfuhr	2,7	4,1	4,3
Einfuhr	3,8	4,4	5,0
Erwerbstätige ³ , in 1000	43 595	44 210	44 700
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 691	2 530	2 480
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,1	5,7	5,5
Verbraucherpreise ⁶	0,5	1,6	1,6
Lohnstückkosten ⁷	1,7	2,1	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd.€	26,3	22	28
in % des nominalen BIP	0,8	0,7	0,8
Leistungsbilanzsaldo ⁹			
in Mrd.€	261,2	256	260
in % des nominalen BIP	8,3	7,9	7,8
Nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt USA	1,6	2,1	2,3
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	1,8	1,8	1,8
Inflation Euro-Raum	0,2	1,5	1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^PEigene Prognose.

In diesem Jahr kommt es infolge der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erforderlichen Rückerstattung der von 2011 bis 2016 erhobenen Kernbrennstoffsteuer² zwar zu erheblichen Haushaltsbelastungen. Andererseits schlagen Erlöse aus einer Versteigerung von Funklizenzen ausgabenmindernd zu Buche. Die Finanzlage des Staates dürfte infolge konjunkturbedingter Mehreinnahmen und weiter sinkender Zinsausgaben weiterhin sehr günstig bleiben. Der Budgetüberschuss des Staates wird sich in diesem Jahr voraussichtlich auf 22 Mrd. € belaufen, nach 26 Mrd. € im Vorjahr; im kommenden Jahr dürfte er auf 28 Mrd. € zunehmen.

Literatur

Bundesverfassungsgericht (2017), Kernbrennstoffsteuergesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig. Pressemitteilung Nr. 42/2017 vom 7. Juni 2017. <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-042.html>.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, H. Gebhardt, P. Jäger, M. Micheli und S. Rujin (2017), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von der Binnenwirtschaft getragen. RWI Konjunkturberichte 68 (1): 33-91.

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017), Zuwanderungsmonitor. Mai 2017, Nürnberg.

² Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 2017 ist der Erlass des Kernbrennstoffsteuergesetzes unvereinbar mit dem Grundgesetz (Az. 2 BvL 6/13; vgl. hierzu <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-042.html>). Daher muss den Energiekonzernen das von ihnen getragene Steueraufkommen in Höhe von 6,285 Mrd. € zuzüglich einer Verzinsung zurückerstattet werden. In den VGR werden Erstattungen infolge von Gerichtsentscheidungen zu dem Zeitpunkt, an dem die Entscheidung rechtskräftig wird, als Vermögensübertragungen an Unternehmen gebucht.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,2	1,4	1,1	1,5	1,4	1,1	1,1
Arbeitsvolumen	0,9	0,8	0,9	1,3	0,4	0,8	1,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 1,0	- 0,3	0,0
Produktivität ¹	0,9	0,7	0,9	0,3	1,1	1,0	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	1,6	1,8	1,6	1,5	1,8	1,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 296,8	2 368,1	2 444,3	1 154,5	1 213,6	1 194,7	1 249,5
Private Haushalte ²	1 681,5	1 728,1	1 780,6	844,3	883,8	870,8	909,7
Staat	615,3	640,0	663,7	310,2	329,8	323,9	339,8
Anlageinvestitionen	626,1	649,8	685,5	313,4	336,4	329,8	355,6
Ausrüstungen	204,4	207,6	217,3	99,3	108,3	103,5	113,8
Bauten	308,7	324,9	346,2	156,9	168,1	166,8	179,4
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,2	121,9	57,2	60,0	59,5	62,4
Vorratsveränderung ³	- 27,6	- 24,4	- 24,9	- 3,2	- 21,2	- 4,3	- 20,6
Inländische Verwendung	2 895,3	2 993,4	3 104,8	1 464,7	1 528,7	1 520,3	1 584,6
Außenbeitrag	238,8	230,2	234,6	120,7	109,5	123,9	110,7
Nachrichtl: in Relation zum BIP in %	7,6	7,1	7,0	7,6	6,7	7,5	6,5
Exporte	1 442,2	1 527,1	1 602,0	756,5	770,7	791,0	811,0
Importe	1 203,5	1 296,9	1 367,4	635,8	661,2	667,1	700,3
Bruttoinlandsprodukt	3 134,1	3 223,6	3 339,5	1 585,4	1 638,2	1 644,2	1 695,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	3,1	3,2	3,0	3,2	3,5	3,0
Private Haushalte ²	2,8	2,8	3,0	2,8	2,7	3,1	2,9
Staat	5,4	4,0	3,7	3,4	4,6	4,4	3,0
Anlageinvestitionen	3,7	3,8	5,5	3,2	4,3	5,3	5,7
Ausrüstungen	2,1	1,6	4,7	0,6	2,4	4,2	5,1
Bauten	4,7	5,2	6,6	4,7	5,8	6,3	6,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,8	4,0	3,8	3,9	4,0	3,9
Inländische Verwendung	3,3	3,4	3,7	3,5	3,3	3,8	3,7
Exporte	1,7	5,9	4,9	6,1	5,7	4,6	5,2
Importe	1,2	7,8	5,4	8,7	6,9	4,9	5,9
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,9	3,6	2,7	3,0	3,7	3,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 123,9	2 154,1	2 190,4	1 056,7	1 097,4	1 076,4	1 114,0
Private Haushalte ²	1 572,5	1 591,3	1 615,4	779,4	812,0	791,5	824,0
Staat	550,9	562,2	574,2	277,0	285,2	284,4	289,8
Anlageinvestitionen	567,1	576,9	595,3	279,2	297,7	287,5	307,9
Ausrüstungen	196,8	198,4	205,5	94,6	103,8	97,6	107,9
Bauten	267,6	273,1	281,9	133,0	140,2	137,0	145,0
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,5	108,1	51,6	53,9	52,9	55,2
Inländische Verwendung	2 655,6	2 694,8	2 747,6	1 331,2	1 363,5	1 356,8	1 390,9
Exporte	1 389,1	1 445,5	1 507,5	716,8	728,6	745,8	761,6
Importe	1 200,6	1 252,9	1 316,1	613,8	639,1	643,7	672,4
Bruttoinlandsprodukt	2 843,2	2 887,5	2 940,3	1 433,8	1 453,8	1 459,0	1 481,2

RWI Konjunkturberichte 68 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,6	1,4	1,7	1,3	1,6	1,9	1,5
Private Haushalte ²	2,1	1,2	1,5	1,2	1,2	1,6	1,5
Staat	4,0	2,1	2,1	1,6	2,6	2,7	1,6
Anlageinvestitionen	2,2	1,7	3,2	1,3	2,1	3,0	3,4
Ausrüstungen	1,1	0,8	3,6	- 0,1	1,7	3,2	3,9
Bauten	2,8	2,1	3,2	1,9	2,2	3,0	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,5	2,4	2,5	2,5	2,4	2,4
Inländische Verwendung	2,3	1,5	2,0	1,6	1,4	1,9	2,0
Exporte	2,7	4,1	4,3	4,2	4,0	4,0	4,5
Importe	3,8	4,4	5,0	4,6	4,1	4,9	5,2
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,6	1,8	1,6	1,5	1,8	1,9

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,7	1,6	1,5	1,7	1,5	1,6	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,9	1,5	1,9	2,0	1,7	1,4
Anlageinvestitionen	1,5	2,0	2,2	1,9	2,2	2,2	2,2
Ausrüstungen	1,0	0,7	1,1	0,8	0,7	1,0	1,1
Bauten	1,8	3,1	3,2	2,7	3,5	3,2	3,2
Exporte	- 1,0	1,8	0,6	1,9	1,7	0,5	0,7
Importe	- 2,5	3,3	0,4	3,9	2,7	0,1	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,3	1,7	1,1	1,5	1,9	1,6

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 188,0	2 265,1	2 344,3	1 116,2	1 148,9	1 154,2	1 190,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	297,7	307,1	144,1	153,6	148,4	158,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 311,0	1 362,8	1 416,7	650,6	712,2	675,3	741,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	589,6	604,6	620,6	321,5	283,1	330,5	290,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	458,7	457,3	477,2	211,7	245,7	224,2	253,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 646,7	2 722,4	2 821,4	1 327,8	1 394,6	1 378,4	1 443,0
Abschreibungen	552,0	568,0	587,2	282,6	285,4	292,0	295,2
Bruttonationaleinkommen	3 198,7	3 290,4	3 408,6	1 610,4	1 680,0	1 670,4	1 738,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 339,2	2 406,2	2 496,3	1 171,4	1 234,8	1 217,6	1 278,7
Unternehmens- und Vermögenseink.	740,8	745,6	772,6	376,7	369,0	393,9	378,7
Arbeitnehmerentgelt	1 598,4	1 660,5	1 723,7	794,7	865,9	823,7	900,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,3	3,5	3,5	3,6	3,4	3,4	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	3,6	3,1	3,7	3,5	3,0	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,9	4,0	4,1	3,8	3,8	4,1
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,5	2,3	2,7	2,4	2,2	2,5	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	2,5	2,6	2,7	2,4	2,8	2,5
Primäreinkommen der übr. Sektoren	2,9	- 0,3	4,3	- 2,3	1,5	5,9	3,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,3	2,9	3,6	2,7	3,1	3,8	3,5
Abschreibungen	3,0	2,9	3,4	3,0	2,8	3,3	3,4
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,9	3,6	2,7	3,0	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,4	2,9	3,7	2,6	3,1	4,0	3,6
Unternehmens- und Vermögenseink.	2,4	0,7	3,6	- 0,2	1,6	4,6	2,6
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,9	3,8	4,0	3,7	3,7	3,9

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 296,3	1 341,7	1 385,6	646,4	695,3	666,5	719,1
Nettolöhne und -gehälter	868,7	899,9	932,6	425,3	474,6	439,9	492,7
Monetäre Sozialleistungen	542,4	561,3	576,8	280,3	280,9	288,0	288,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,8	119,5	123,8	59,2	60,3	61,4	62,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	589,6	604,6	620,6	321,5	283,1	330,5	290,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 72,0	- 78,2	- 80,6	- 39,2	- 39,0	- 39,1	- 41,6
Verfügbares Einkommen	1 813,9	1 868,1	1 925,5	928,7	939,4	958,0	967,6
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	48,5	48,1	48,5	24,0	24,2	24,0	24,5
Konsumausgaben	1 681,5	1 728,1	1 780,6	844,3	883,8	870,8	909,7
Sparen	180,9	188,1	193,5	108,4	79,8	111,1	82,4
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,8	9,8	11,4	8,3	11,3	8,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	3,5	3,3	3,8	3,2	3,1	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,8	3,6	3,6	3,8	3,4	3,4	3,8
Monetäre Sozialleistungen	3,1	3,5	2,8	4,0	3,0	2,7	2,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,9	4,1	3,6	4,1	4,0	3,7	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	2,5	2,6	2,7	2,4	2,8	2,5
Verfügbares Einkommen	2,9	3,0	3,1	3,2	2,8	3,1	3,0
Konsumausgaben	2,8	2,8	3,0	2,8	2,7	3,1	2,9
Sparen	3,2	4,0	2,9	5,0	2,7	2,5	3,3

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	731,8	756,9	783,3	377,6	379,3	390,6	392,7
Nettosozialbeiträge	523,3	545,2	567,4	264,1	281,1	274,6	292,7
Vermögenseinkommen	19,3	17,6	17,6	8,8	8,7	8,9	8,7
Sonstige Transfers	20,3	20,2	20,3	9,3	10,9	9,4	10,9
Vermögenstransfers	15,4	12,3	11,3	5,4	6,9	4,6	6,7
Verkäufe	104,5	107,0	110,3	50,1	56,9	51,3	59,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 414,7	1 459,4	1 510,3	715,5	743,9	739,5	770,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	418,4	436,6	454,4	210,7	226,0	219,6	234,8
Arbeitnehmerentgelt	236,7	243,6	250,9	117,0	126,6	120,5	130,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,2	41,4	40,3	20,4	21,1	19,7	20,6
Subventionen	27,0	27,5	28,0	13,5	14,0	13,7	14,3
Monetäre Sozialleistungen	487,3	505,5	520,4	252,5	253,0	259,9	260,5
Sonstige laufende Transfers	75,5	77,8	83,9	41,5	36,3	44,9	39,0
Vermögenstransfers	35,4	40,4	33,6	21,3	19,1	14,0	19,5
Bruttoinvestitionen	66,3	69,2	72,2	29,7	39,4	31,1	41,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	- 1,3	- 5,1	- 1,5	- 4,3	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 388,4	1 436,9	1 482,1	702,3	734,6	722,7	759,4
Finanzierungssaldo	26,3	22,5	28,2	13,2	9,3	16,8	11,4

RWI Konjunkturberichte 68 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,5	3,4	3,5	3,6	3,3	3,5	3,5
Nettosozialbeiträge	4,5	4,2	4,1	4,3	4,1	4,0	4,2
Vermögenseinkommen	- 11,6	- 8,9	- 0,1	- 11,9	- 5,6	0,1	- 0,2
Sonstige Transfers	4,2	- 0,4	0,5	- 1,4	0,4	0,5	0,6
Vermögenstransfers	26,2	- 19,7	- 8,0	- 28,7	- 11,0	- 14,4	- 3,1
Verkäufe	4,2	2,4	3,1	2,0	2,7	2,4	3,6
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,4	3,2	3,5	3,1	3,2	3,4	3,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,7	4,4	4,1	3,9	4,8	4,2	3,9
Arbeitnehmerentgelt	3,5	2,9	3,0	3,0	2,9	3,0	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,6	- 4,2	- 2,7	- 4,5	- 4,0	- 3,0	- 2,4
Subventionen	- 1,7	1,7	1,7	1,5	1,9	1,6	1,9
Monetäre Sozialleistungen	3,5	3,7	2,9	4,3	3,2	2,9	3,0
Sonstige laufende Transfers	0,3	3,1	7,7	4,2	2,0	8,1	7,3
Vermögenstransfers	19,0	14,2	- 16,8	29,2	1,0	- 34,1	2,5
Bruttoinvestitionen	3,1	4,4	4,4	3,0	5,4	4,5	4,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,1	3,5	3,1	3,6	3,4	2,9	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2017

György Barabas, Roland Döhrn, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt
und Klaus Weyerstraß

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021:¹ Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland

***Zusammenfassung:** In der mittleren Frist wird der Zuwachs des Produktionspotenzials vor allem von der Ausweitung des Arbeitsvolumens getragen, aber auch die Produktivität nimmt wieder etwas stärker zu als in den zurückliegenden Jahren. Das Produktionspotenzial wird von 2016 bis 2021 um durchschnittlich 1,6% pro Jahr wachsen. Auch die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft bleiben günstig. Der Welthandel dürfte wieder etwas stärker expandieren als in den vergangenen Jahren und die Geldpolitik der EZB noch geraume Zeit expansiv bleiben. Für das reale BIP wird in der mittleren Frist ein Anstieg ungefähr in der Größenordnung des Potenzialwachstums von gut 1 ½% je Jahr erwartet. Die geringe positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial von 0,2 % in diesem Jahr dürfte sich im weiteren Projektionszeitraum im Prognosezeitraum kaum verändern. Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit weiterhin in einer leichten Überauslastung der Kapazitäten.*

***Abstract:** In the medium term potential output growth will be primarily driven by an increase of the volume of work but also total factor productivity will be increased more than in previous years. Therefore we expect potential output to increase by 1.6% per year on average during the period 2016 to 2021. During this period the economic environment remains favorable. World trade is expected to be extended at a higher rate than in previous years. The ECB will maintain its expansionary monetary policy for some time to come. Under these circumstances we expect an annual average growth rate for GDP of 1 ½% over the medium term. This implies that the output gap remains slightly positive over the medium term.*

¹ Die Mittelfristprojektion ist ein Gemeinschaftsprojekt des RWI mit dem IHS Wien. Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des IHS Wien.

Mittelfristprojektion bis 2021

1. Deutliche Ausweitung des Arbeitsvolumens erhöht das Potenzialwachstum bis 2021

Die Entwicklung des Produktionspotenzials wird seit 2014 spürbar von der hohen Zuwanderung beeinflusst.² Neben der Zuwanderung aus einigen mittel- und osteuropäischen Ländern kommen weiterhin viele Flüchtlinge nach Deutschland, wenn auch mit deutlich abnehmender Tendenz. Mit Blick auf das Produktionspotenzial gibt es deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen von Migranten. Ein wesentliches Motiv der nicht fluchtbedingten Zuwanderung sind die hierzulade günstigen Arbeitsmarktperspektiven. Daher unterscheiden sich diese Migranten hinsichtlich ihrer Partizipationsquote, d.h. der Erwerbsbeteiligung, und der Erwerbslosigkeit nicht grundlegend von der heimischen Bevölkerung. Anders verhält es sich bei den Flüchtlingen. Unter ihnen ist aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und fehlender formaler Qualifikationen auch noch nach Abschluss des Asylverfahrens die Arbeitslosigkeit hoch und die Erwerbsbeteiligung niedrig. Daher steigern die Flüchtlinge das Erwerbspersonenpotenzial erst nach und nach (vgl. z.B. Barabas et al., 2016). Vor diesem Hintergrund unterscheiden wir seit dem Jahr 2015 bei der Partizipationsquote und der Erwerbslosigkeit zwischen Flüchtlingen und allen anderen Personen. Seit Herbst 2016 nimmt auch die Europäische Kommission diese Differenzierung bei der Partizipationsquote, nicht jedoch bei der Erwerbslosenquote vor.

Die für die vorliegende Projektion unterstellte Zuwanderung basiert auf der aktualisierten Rechnung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Diese wurde im Jahr 2015 veröffentlicht und berücksichtigt die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung bis 2013 (Statistisches Bundesamt, 2015). Da in dem seither vergangenen Zeitraum der Wanderungssaldo deutlich höher war als in der Bevölkerungsjektion unterstellt, veröffentlichte das Statistische Bundesamt im März 2017 eine aktualisierte Vorausberechnung auf Basis der Entwicklung bis 2015 (Statistisches Bundesamt, 2017a). Die dortige Variante 2-A bildet die Grundlage für die Annahmen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial in der vorliegenden Projektion. Demnach sinkt die Netto-Zuwanderung von 750 000 Personen im Jahr 2016 über 500 000 im Jahr 2017 und 400 000 im Jahr 2018 bis auf 200 000 Personen im Jahr 2021.

² Als Einflussfaktoren der Produktionsmöglichkeiten berücksichtigen wir das Erwerbspersonenpotenzial, den Kapitalstock und den Trend des technischen Fortschritts. Dieses Vorgehen steht im Wesentlichen im Einklang mit der Methode, die auch von der Europäischen Kommission verwendet wird (Havik et al., 2014).

Alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten

Aufgrund des demografischen Wandels wird sich die Zusammensetzung des deutschen Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahren erheblich ändern. Personen über 55 Jahre, die in der Vergangenheit geringe Partizipationsquoten aufwiesen, werden Anteile an den Erwerbspersonen gewinnen, während insbesondere die Gruppe der 45 bis 55-Jährigen, mit traditionell sehr hohen Partizipationsquoten, an Bedeutung verliert. Die im Einklang mit dem Verfahren der EU-Kommission bisher gewählte Fortschreibung der Partizipationsquoten, die sich an den Angaben für die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (wenngleich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen) orientierte, könnte vor dem Hintergrund dieses demografischen Wandels die Partizipationsquote mittelfristig überschätzen (vgl. auch Boysen-Hogrefe et al. 2017).

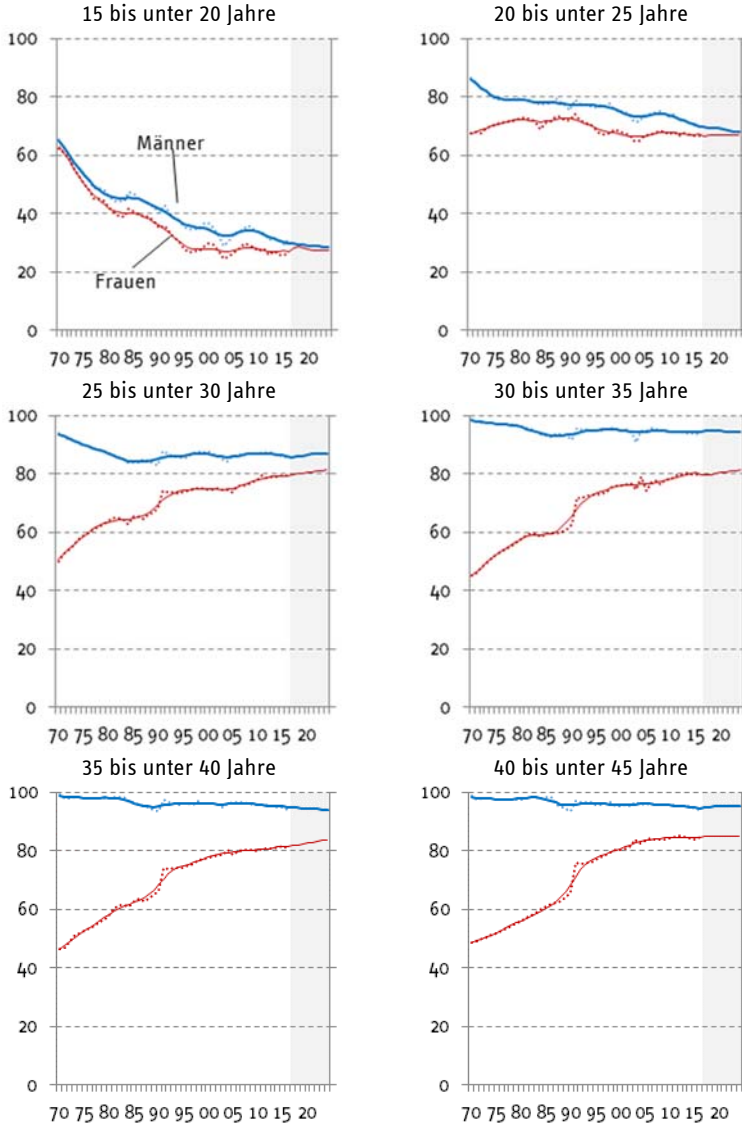
Betrachtet man alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten, so fällt zunächst auf, dass der Anstieg der Partizipationsquote insgesamt insbesondere von der der Frauen getragen war. Bei Männern zwischen 35 und 55 lag sie schon immer bei 90% und darüber, und sie ist im Zeitverlauf sogar leicht gesunken. Gestiegen ist sie im Zeitverlauf mehr oder weniger durchgängig bei Frauen, wobei die Wiedervereinigung aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland zu einem sprunghaften Anstieg führte. In den vergangenen Jahren wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Quote zudem durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung Älterer getrieben. Eine Besonderheit zeigt sich dabei insbesondere bei Männern zwischen 55 und 65 Jahren, deren Partizipationsquote lange Zeit aufgrund von Frühverrentungsprogrammen sank, mit deren Ende und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit aber wieder deutlich stieg. Zudem scheint der über längere Zeit beobachtete Rückgang der Partizipationsquoten der unter 25-Jährigen gestoppt, in dem u.a. die Tertiärisierung des Bildungswesens und die generell mit längeren Schul- und Ausbildungszeiten zum Ausdruck kommen.

Wenn diese Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den Altersgruppen nicht berücksichtigt werden, wird implizit unterstellt, dass die Partizipationsquote in allen Bevölkerungsgruppen gleich ist. In dieser Mittelfristprojektion schätzen wir erstmals alters- und geschlechtsspezifische Partizipationsquoten. Wir betrachten dabei 5-Jahres-Kohorten, beginnend mit der Kohorte der 15- bis 19-Jährigen. Für jede dieser Kohorten schätzen wir eine trendmäßige Partizipationsquote. Dazu verwenden wir ARMA-Ansätze, deren Spezifikation anhand von Informationskriterien optimiert wurde.^a Ein ähnliches Verfahren wendet neuerdings auch die Europäische Kommission bei ihrer Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials an, allerdings für 10-Jahres-Kohorten und nur für den Projektionszeitraum ab dem Jahr T+6 bis zum Jahr T+10 (Havik et al. 2014), und auch für die langfristige Projektion der budgetären Auswirkungen der demografischen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten (European Commission 2014).

Mittelfristprojektion bis 2021

Altersspezifische Partizipationsquoten

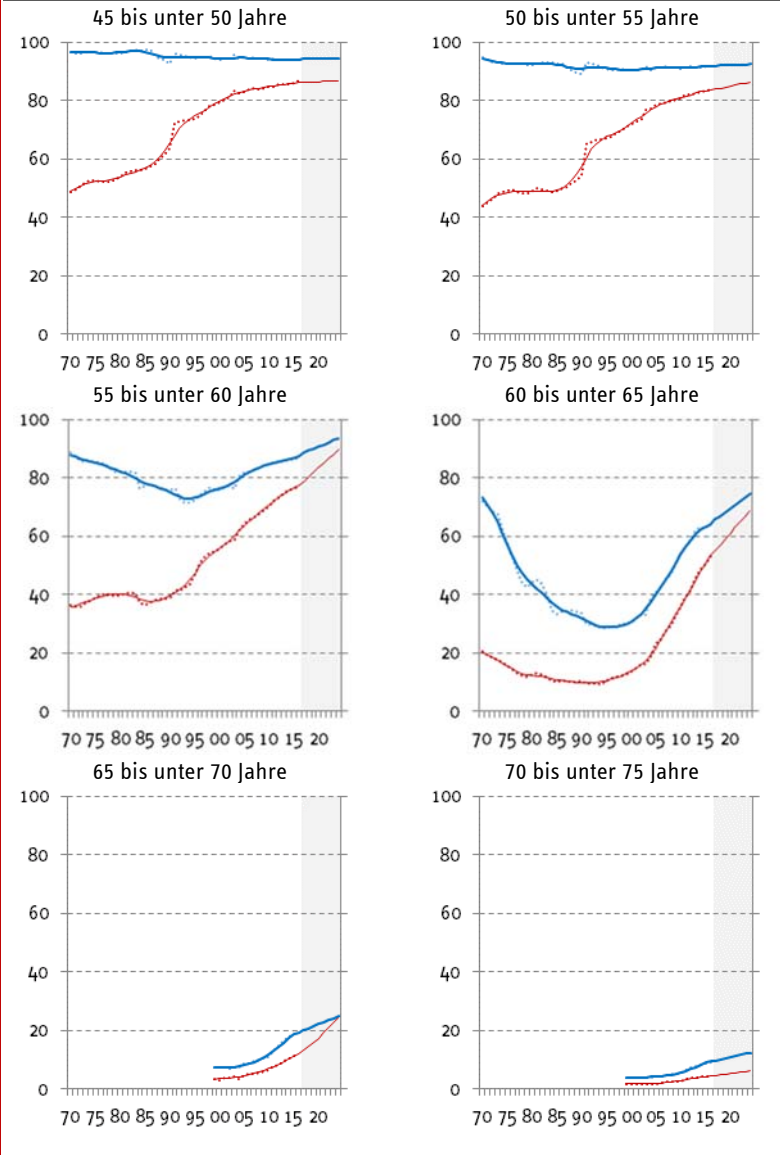
1970 bis 2024; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD. Gepunktete Linie: Tatsächliche Werte. Projektionszeitraum schraffiert.

Noch: Altersspezifische Partizipationsquoten

1970 bis 2024; in %

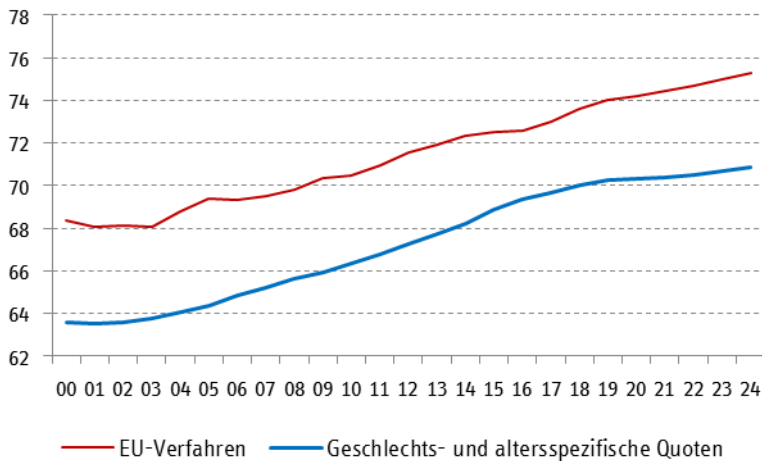


Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD. Gepunktete Linie: Tatsächliche Werte. Projektionszeitraum schraffiert.

Mittelfristprojektion bis 2021

Partizipationsquote nach dem EU-Verfahren und bei geschlechts- und altersspezifischer Rechnung

2000 bis 2024; in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹



Eigene Berechnungen. - ¹Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahre, ohne Flüchtlinge.

Die Projektion der Partizipationsquoten impliziert für die Mehrzahl der Alterskohorten eine weitere Annäherung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern. In den Altersgruppen ab 55 Jahre steigen dabei auch die Partizipationsquoten der Männer. Fasst man die geschlechts- und altersspezifischen Partizipationsquoten zu einer gesamtwirtschaftlichen zusammen, so liegt diese zwar im Niveau im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2016 um etwa 4%-Punkte unter der nach dem EU-Verfahren ermittelten. Diese Differenz ist aber überwiegend auf definitorische Abweichungen zwischen den für die detaillierte Rechnung verwendeten OECD-Daten und den der EU-Methode zugrundeliegenden Angaben zurückzuführen.

Schaut man auf den Projektionszeitraum, so werden die Unterschiede zwischen beiden Ansätzen deutlich. Während die nach der EU-Methode abgeleitete trendmäßige Partizipationsquote ab 2018 – also nach dem derzeitigen Ende des Prognosezeitraums der Kurzfristprognose – bis 2024 um 1,7%-Punkte steigt, erhöht sich die in detaillierter Rechnung ermittelte nur um 0,8%-Punkte. Die größten Unterschiede in der Entwicklung beider Quoten treten dabei in den Jahren ab 2021 auf, also noch außerhalb des Horizonts der aktuellen Mittelfristprojektion. Dann dämpft der demografische Wandel den Anstieg der Partizipationsquote und damit des Produktionspotenzials spürbar.

Die vorliegende Mittelfristprojektion orientiert an der Entwicklung der geschlechts- und altersspezifischen Partizipationsquoten. Um Konsistenz mit dem EU-Verfahren zur Potenzialschätzung herzustellen, werden die Unterschiede in den Niveaus zwischen den nach beiden Verfahren ermittelten Quoten ausgeglichen, indem die nach dem EU-

Verfahren ermittelte Quote ab 2018 mit der aus der detaillierten Rechnung abgeleiteten fortgeschrieben wird.^b

a Stützzeitraum sind die Jahre 1970 bis 2016, bei den Alterskohorten 65 Jahre und älter der Zeitraum 2000 bis 2016. – b Dieses Verfahren wird nur auf die Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge angewendet.

Um die Wirkung der Migration auf das Erwerbspersonenpotenzial abschätzen zu können, ist es – wie erwähnt – wichtig, zwischen Flüchtlingen und sonstigen Migranten zu unterscheiden, da erstere zunächst eine sehr hohe Erwerbslosigkeit und eine niedrige Partizipationsquote aufweisen, während dies für letztere nicht zutrifft. Für die Projektion gehen wir davon aus, dass sich der Wanderungssaldo der Flüchtlinge, der sich im Jahr 2016 noch auf rund 50.000 Personen belaufen hat, bereits im Jahr 2017 negativ sein wird. Ausschlaggebend hierfür ist, dass für zahlreiche der im Jahr 2015 angekommenen Flüchtlinge das Asylverfahren mit einem negativen Bescheid abgeschlossen wurde und diese daher zur Ausreise verpflichtet sind. Hinsichtlich der nicht fluchtbedingten Migration unterstellen wir, dass diese nach einem Höchststand von 730 000 Personen im Jahr 2016 ab 2017 schrittweise auf 127 000 Personen im Jahr 2021 zurückgeht. Dieser Annahme liegt die Erwartung zugrunde, dass die Zuwanderung aus den in den südeuropäischen Krisenländern im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierung dort allmählich abebben wird. Für das Jahr 2016 liegen z.Zt. nur vorläufige Angaben zur Bevölkerung und zum Wanderungssaldo vor. Demnach belief sich die Netto-Zuwanderung auf mindestens 750 000 Personen (Statistisches Bundesamt, 2017b). Dem Arbeitskräftepotenzial werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) zugerechnet. Im Einklang mit der Altersverteilung der Zuwanderung in der Vergangenheit nehmen wir an, dass gut 80% der sonstigen Migranten und rund 71% der Flüchtlinge dieser Altersgruppe angehören.

Darüber hinaus ist für die Ableitung des Erwerbspersonenpotenzials die trendmäßige Partizipationsquote von Bedeutung, also der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Da die Erwerbsbeteiligung mit zunehmendem Alter generell abnimmt, führt die Alterung der Bevölkerung dazu, dass dem Arbeitsmarkt weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. Um die demografische Entwicklung besser zu berücksichtigen, nutzen wir für die Projektion der Partizipationsquote hier erstmals ein sogenanntes Alterskohortenmodell, das auf einem Modell des Sachverständigenrats basiert (Breuer und Elstner, 2017) (Kasten 1).

Ein Teil der Erwerbspersonen ist erwerbslos, wobei für das Produktionspotenzial die strukturelle, um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Erwerbslosenquote relevant ist. Da sich – wie erwähnt – die Erwerbsquoten der Flüchtlinge von denen anderer Bevölkerungsgruppen unterscheiden, differenzieren wir bei der Ableitung der trend-

Mittelfristprojektion bis 2021

mäßigen Partizipationsquote und der strukturellen Erwerbslosenquote zwischen Inländern und Personen, die nicht aus dem Fluchtmotiv nach Deutschland kommen, einerseits und Flüchtlingen andererseits (vgl. Barabas et al., 2016). Dabei wurden die Partizipationsquote und die Erwerbslosenquote der erstgenannten Gruppe mit statistischen Filterverfahren trendbereinigt. Da die Unterscheidung in Flüchtlinge und andere Personen erst ab dem Jahr 2015 vorgenommen wird, ist der Zeitraum zu kurz, um Trendbereinigungsverfahren sinnvoll anwenden zu können. Daher haben wir Annahmen zur tatsächlichen Entwicklung der Partizipationsquote und der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge getroffen. Aus der nicht-trendbereinigten Partizipationsquote bzw. der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge und den Trendwerten für die Nicht-Flüchtlinge haben wir jeweils gewichtete Durchschnitte berechnet, wobei als Gewichte die Anteile der Flüchtlinge und der anderen Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dienen. Der relevante Anteil der Flüchtlinge steigt von 0,4% im Jahr 2016 auf rund 1,4% im Jahr 2021.

Das statistische Trendbereinigungsverfahren impliziert, dass sich der in der Vergangenheit beobachtete Anstieg der Erwerbsbeteiligung, die zurzeit etwa 73% beträgt, mittelfristig fortsetzen wird, wenn auch abgeschwächt. Das langwierige Asylverfahren und der anfänglich beschränkte Arbeitsmarktzugang der Flüchtlinge legen aber nahe, dass diese zunächst nur eine geringe Partizipationsquote haben; diese dürfte im Jahr 2016 lediglich rund 30% betragen haben.³ Für 2017 erwarten wir mit dem Abschluss einer großen Zahl von Asylverfahren eine kräftige Zunahme auf 60% und bis 2021 eine allmähliche weitere Erhöhung auf rund 72%. Aus den zunächst großen Unterschieden in den Partizipationsquoten folgt, dass der Anstieg der gewichteten durchschnittlichen Partizipationsquote im Projektionszeitraum flacher verläuft als es die Anwendung des statischen Bereinigungsverfahrens nahelegen würde.

Die strukturelle Erwerbslosenquote ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Nach unseren Schätzungen belief sie sich im Jahr 2016 auf 4,2%. Im Projektionszeitraum dürfte sie vorerst durch die hohe Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen beeinflusst werden. Bei mechanischer Anwendung des auf einem Phillips-Kurven-Ansatz beruhende Verfahrens der EU-Kommission (Havik et al., 2014) sinkt die strukturelle Erwerbslosenquote zunächst noch etwas und bleibt dann konstant bei knapp 3,1%. Dieses Verfahren wurde im Winter 2016/2017 um einen sogenannten Anker

³ Dass die Erwerbsbeteiligung anfangs niedrig ist, liegt auch daran, dass die Flüchtlinge in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland aufgrund rechtlicher Vorgaben nur beschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Die Annahmen zur Arbeitsmarktintegration der monatlichen Zugangskohorten werden aus Angaben bei Brücker et al. (2015) abgeleitet.

Tabelle 1

Produktionspotenzial und seine Komponenten

1995 bis 2021^a; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 – 2016	Wachs- tumsbei- träge ¹	2016 – 2021	Wachs- tumsbei- träge ¹
Produktionspotenzial	1,3		1,6	
Kapitalstock	1,6	0,6	1,3	0,4
Solow-Residuum	0,7	0,7	0,8	0,8
Arbeitsvolumen	0,1	0,1	0,5	0,3
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,2	
Partizipationsquote	0,5		0,4	
Erwerbsquote	0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,2	
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,2		1,2	

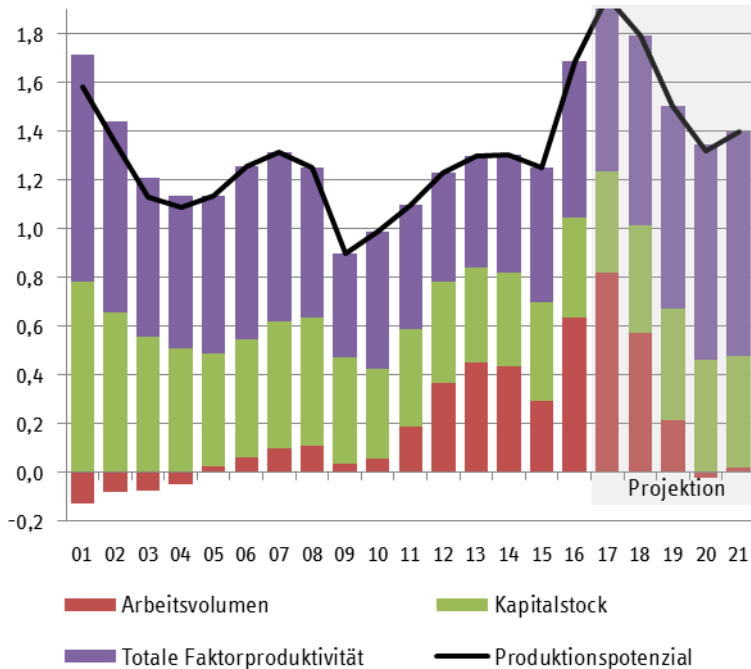
Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

erweitert. Dabei wird unterstellt, dass die strukturelle Erwerbslosenquote ab einem gewissen Zeitpunkt nach Ende des Kurzfristprognosehorizonts zu einem sogenannten Ankerwert konvergiert. Der Zeitraum bis zum Erreichen des Ankerwerts bestimmt sich aus der Abweichung der aktuellen strukturellen Arbeitslosenquote vom Anker, da eine nur graduelle Anpassung unterstellt wird. Der Ankerwert wird für jedes EU-Mitgliedsland mittels einer Panelregression mit Daten ab 1985 bis zum aktuellen Rand in Abhängigkeit von strukturellen und nicht-strukturellen Einflussgrößen geschätzt (vgl. Orlandi, 2012). Das Anker-Verfahren soll das prozyklische Verhalten der geschätzten strukturellen Erwerbslosenquote am aktuellen Rand mildern und so die Revisionsanfälligkeit reduzieren (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2017).

Das EU-Verfahren schätzt die strukturelle Erwerbslosenquote mit Hilfe eines Phillips-Kurven-Ansatzes, der nicht zwischen Flüchtlingen und anderen Personen differenziert. Er berücksichtigt somit nicht, dass die Qualifikation der Flüchtlinge niedriger ist als die der heimischen Bevölkerung und der Zuwanderer aus europäischen Ländern, was sich in einer höheren Erwerbslosigkeit niederschlägt. Zudem stehen die Flüchtlinge nicht, wie es die strikte Anwendung des EU-Verfahrens implizieren würde, unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Daher dürfte die reine

Mittelfristprojektion bis 2021

Schaubild 1
Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial
 2001 bis 2021; in % und in Prozentpunkten

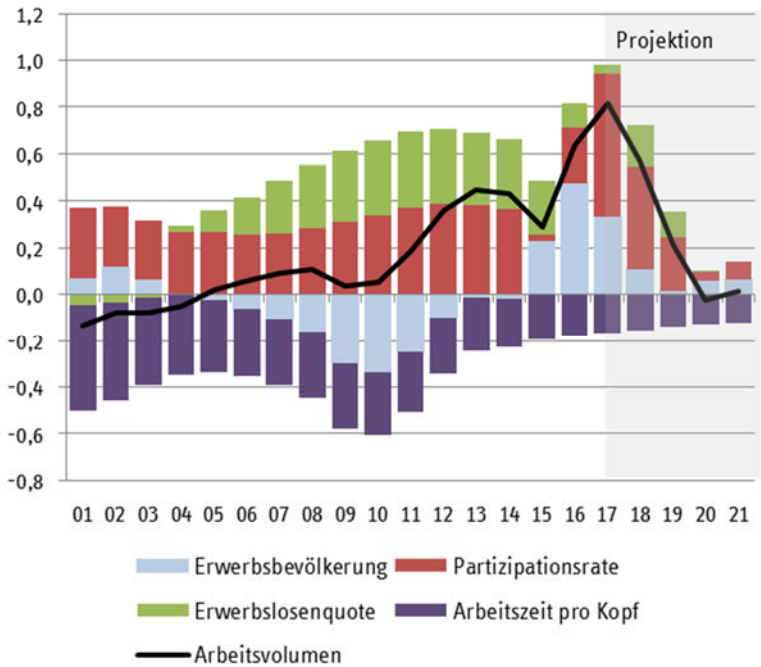


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Anwendung des EU-Verfahrens eine Unterschätzung der strukturellen Erwerbslosenquote und somit eine Überschätzung des Produktionspotenzials ergeben. Berechnet man analog zum Vorgehen bei der Partizipationsquote einen gewichteten Durchschnittswert der aus dem Trendbereinigungsverfahren resultierenden strukturellen Erwerbslosenquote und der für die Migranten angenommenen Erwerbslosenquote⁴, ergibt sich für den Projektionszeitraum eine strukturelle Erwerbslosenquote

⁴ Dazu wurde unterstellt, dass die zu erwartende Erwerbslosenquote der Migranten deren struktureller Erwerbslosenquote entspricht. Die Erwerbslosenquote der Migranten wurde aus Annahmen zur Arbeitsmarktintegration von monatlichen Zugangskohorten abgeleitet, wobei die Arbeitslosenquote der jeweiligen Zugangskohorte von der Aufenthaltsdauer in Deutschland abhängt. Letztere wird aus Angaben bei Brücker et al. (2015) abgeleitet.

Schaubild 2
Komponenten des Arbeitsvolumens
 2001 bis 2021; Wachstumsbeiträge in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

der Gesamtbevölkerung, die von knapp 4,2% im Jahr 2017 zunächst noch leicht zurückgeht und sich ab 2019 bei 3,7% stabilisiert.

Insgesamt ergibt sich ein Wachstum des Produktionspotenzials im Projektionszeitraum von 1,6% pro Jahr; der Anstieg liegt oberhalb der Potenzialwachstumsrate der zurückliegenden Dekade (Tabelle 1). Während der Beitrag des Faktors Kapital zum Wachstum niedriger ist als in der Vergangenheit, steigt der Beitrag des technischen Fortschritts etwas; vor allem aber erhöht sich der Beitrag des Arbeitsvolumens.

Nach unserer Projektion wird das Wachstum des Produktionspotenzials mittelfristig weiterhin vor allem vom technischen Fortschritt getragen (Schaubild 1). Der Beitrag des Produktionsfaktors Kapital bleibt im Zeitverlauf in etwa konstant, während der

Mittelfristprojektion bis 2021

Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens höher ist als in der Vergangenheit, im Zeitverlauf aber abnimmt. Unter den Komponenten des Arbeitsvolumens wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunächst noch kräftig, in den letzten drei Jahren des Projektionszeitraums aber kaum noch zunehmen (Schaubild 2). Die Partizipationsquote steigt im gesamten Projektionszeitraum, wenn auch mit abnehmenden Raten. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte ihren rückläufigen Trend abgeschwächt fortsetzen. Die strukturelle Erwerbslosenquote sinkt zunächst trotz der hohen Erwerbslosigkeit der Flüchtlinge und bleibt zum Ende des Projektionszeitraums nahezu konstant.

2. Verbesserte Aussichten für das internationale Umfeld

Die internationalen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten verbessert und stellen sich nun etwas günstiger dar als zu Beginn des Jahres angenommen. Vor allem die jüngste Belebung des Welthandels lässt erwarten, dass die weltweite Produktion in diesem Jahr etwas rascher ausgeweitet wird. Das höhere Expansionstempo des Außenhandels geht mit einer deutlicheren Ausweitung der Industrieproduktion einher, vor allem in den Schwellenländern. Allen voran in China wurde die Produktion zu Jahresbeginn erneut deutlich ausgeweitet. Die höhere Nachfrage auch nach Rohstoffen dürfte dazu beitragen, dass sich die Wirtschaftsaktivität auch in anderen Schwellenländern belebt. Daher ist zu erwarten, dass das BIP in Russland, Brasilien und Argentinien wieder ausgeweitet wird. Die mittelfristigen Perspektiven haben sich dadurch aber nicht wesentlich geändert. Vielmehr dürfte sich die Produktionsausweitung in der mittleren Frist nicht beschleunigen. Insbesondere für die chinesische Wirtschaft ist zu erwarten, dass sich die Aktivität etwas abschwächt, wie dies im volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozess typisch ist. Auch dies strahlt auf andere Schwellenländer aus.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stellt sich das Expansionstempo gegenwärtig robust dar, auch wenn der BIP-Zuwachs in den USA im ersten Quartal schwächer war als erwartet. Allerdings dürfte sich das Expansionstempo bereits kurzfristig wieder erhöhen. Für die mittlere Frist gehen wir davon aus, dass sich die Produktion in den USA in etwa im Einklang mit dem Wachstum des Produktionspotenzials expandiert, das wir nach wie vor bei 2,2% veranschlagen. In Japan scheint sich der Aufschwung zuletzt verstärkt zu haben. Angesichts der zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt und den nach wie vor hohen Konsolidierungserfordernissen dürfte das Expansionstempo aber wieder an Schwung verlieren. In der mittleren Frist erwarten wir ein durchschnittliches Expansionstempo von 0,6%, was dem Anstieg des Produktionspotenzials entspricht. Im Euro-Raum dürfte sich der Aufschwung in

moderatem Tempo fortsetzen. Insbesondere in den ehemaligen Krisenländern ist der Nachholprozess noch nicht abgeschlossen, so dass das Zusammenspiel von Beschäftigungsaufbau und steigender Nachfrage sich noch fortsetzen kann, ohne dass dies zu einer deutlichen Beschleunigung der Teuerung führt. In der mittleren Frist erwarten wir daher eine Ausweitung des BIP, die etwas über dem Expansionstempo des Potenzials von 1,2% liegt.

Angesichts der so umrissenen internationalen Rahmenbedingungen und auf Basis der für die Kurzfristprognose vom Juni 2017 vorgenommenen Setzungen legen wir für die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland die folgenden Annahmen zugrunde:

- fi Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt bis zum Ende des Projektionszeitraums unverändert 1,12 \$/€.
- fi Der Preis für Erdöl der Sorte Brent wird sich im Projektionszeitraum ausgehend von dem Anfang Juni 2017 erreichten Niveau von rund 52 \$ je Fass mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt.
- fi Der Welthandel mit Waren (IWF) wird im Jahresdurchschnitt 2017 um 4,7% und im Jahr 2018 um 4,4% zunehmen; von 2019 bis 2021 dürfte er mit 4 ½% je Jahr mit etwa gleichem Tempo expandieren wie in der kurzen Frist.

Indes bestehen die erheblichen politischen Unsicherheiten, die mit der Euro-Krise, dem Brexit und der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik verbunden sind, auch in der mittleren Frist wohl fort. So ist nicht zu erwarten, dass die Brexit-Verhandlungen in der zunächst vorgesehenen Frist von zwei Jahren abgeschlossen werden können. Ebenso dürften die Risiken erneuter Spannungen im Euro-Raum erst dann geringer werden, wenn die Strukturreformen greifen und die Arbeitslosigkeit deutlich abgebaut wurde. In unserer Prognose unterstellen wir allerdings, dass diese Unsicherheit die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist nicht stärker belastet als bisher.

3. Geldpolitik vorläufig noch sehr expansiv und Finanzpolitik mittelfristig konjunkturneutral ausgerichtet

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss im Dezember 2016, ihr Ankaufprogramm für Wertpapiere bis Ende 2017 zu verlängern, wenn auch ab April 2017 mit einem von 80 Mrd. € je Monat auf 60 Mrd. € reduzierten Volumen. Aufgrund der fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung, der allmählich steigenden mittelfristigen Inflationserwartungen und der zunehmenden Risiken aus den niedrigen Zinsen für die Stabilität des Finanzsystems rechnen wir damit, dass die EZB ihre Anleihekäufe

Mittelfristprojektion bis 2021

im kommenden Jahr reduzieren und ab der Jahresmitte keine Nettozukäufe mehr tätigen wird. Den Hauptrefinanzierungssatz dürfte sie bis zum Ende des Jahres 2018 noch bei 0% belassen. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dürfte sie den monetären Expansionsgrad aber allmählich reduzieren und den Leitzins langsam anheben. Die Geldpolitik bleibt gleichwohl – gemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland – sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzierungsbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft im historischen Vergleich bis zum Ende des Projektionszeitraums sehr günstig.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2017 leicht expansiv ausgerichtet. Maßgeblich hierfür sind die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Entlastungen bei der Einkommensteuer und die Aufstockung investiver Ausgaben. Auch kommt es zu Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung, denen jedoch eine Anhebung des Beitragsatzes gegenüber steht. Der finanzpolitische Impuls dürfte sich auf 12 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP auf 0,4% belaufen (Döhrn et al., 2017). Für die Folgejahre kann nach den derzeitigen finanzpolitischen Beschlüssen von einer annähernd konjunkturneutralen Ausrichtung der Finanzpolitik ausgegangen werden. Um nachhaltige Staatsfinanzen zu sichern, will die Bundesregierung in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2021 keine neuen Schulden aufnehmen und den seit 2014 erreichten Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung damit verstetigen; zudem dürften die Länder den Anstieg ihrer Ausgaben begrenzen, um die „Schuldenbremse“ einzuhalten und ihre Haushalte ab dem Jahr 2020 bei einer konjunkturellen Normallage ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen zu können.

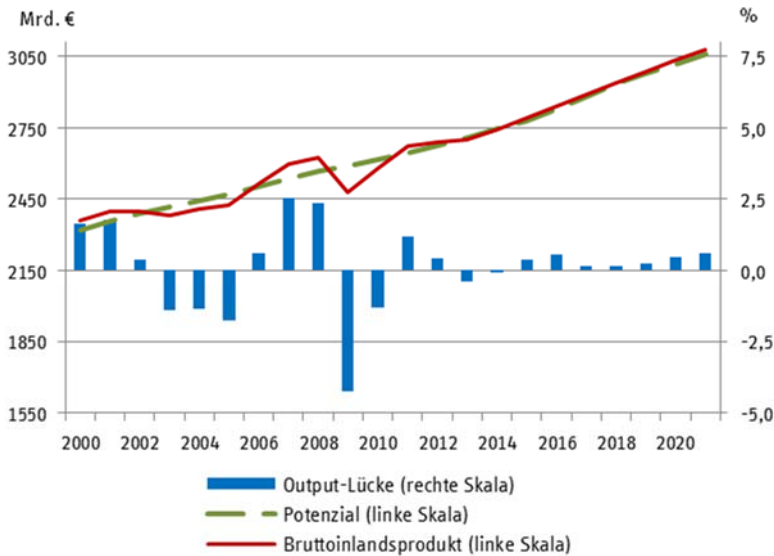
Wachstumspolitische Impulse sind von der Ausweitung der Ausgaben in den Bereichen Bildung, Forschung und Verkehrsinfrastruktur zu erwarten. Dämpfend dürfte dagegen wirken, dass die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote, die im vergangenen Jahr auf über 40% gestiegen ist und damit deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt liegt, wegen des progressiven Einkommensteuertarifs und der aus der Alterung der Gesellschaft resultierenden Mehrbelastungen weiter steigen wird.

Der unter Status quo-Bedingungen abgeleitete finanzpolitische Kurs ist aufgrund der im September 2017 anstehenden Bundestagswahl indes mit Unsicherheiten behaftet, zumal in der politischen Diskussion angesichts der hohen Budgetüberschüsse des Staates vielfach auch nicht gegenfinanzierte Leistungsausweitungen oder Steuer- und Sozialabgabensenkungen gefordert werden.

4. Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2021: Produktionslücke in Deutschland leicht positiv

Das Produktionspotenzial wird – wie erwähnt – von 2016 bis 2021 um durchschnittlich 1,7% pro Jahr wachsen und damit kräftiger als in der zurückliegenden Dekade. Damit eröffnen sich für den Projektionszeitraum günstige Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Das reale BIP dürfte ungefähr in der Größenordnung des Potenzialwachstums expandieren, und zwar um 1,6% in diesem Jahr, um 1,8% im kommenden Jahr und um durchschnittlich 1,5% je Jahr von 2019 bis 2021. Die geringe positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial von 0,2% in diesem Jahr dürfte sich im weiteren Projektionszeitraum im Prognosezeitraum kaum verändern. Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit weiterhin in einer leichten Überauslastung der Kapazitäten.

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke
 2000 bis 2021



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Eigene Berechnungen; Zeitraum 2017-2021: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Mittelfristprojektion bis 2021

Tabelle 2
Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2011 bis 2021

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2011	2016	2021	2011 bis 2016	2016 bis 2021
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mio.	41,6	43,6	45,4	1,0	3/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mio.	37,0	39,3	41,0	1,2	1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1 393	1 364	1 354	-0,4	- 1/4
Arbeitsvolumen, in Mio. h	57 909	59 444	61 424	0,5	3/4
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2010=100	102,3	103,7	107,9	0,3	3/4
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2010=100	102,1	105,7	110,8	0,7	1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	2 674,5	2 843,2	3 079,4	1,2	1 1/2
Deflator des BIP, 2010=100	101,1	110,2	119,6	1,8	1 3/4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	2 703,1	3 134,1	3 682,7	3,0	3 1/4
Private Konsumausgaben	1 495,5	1 681,5	1 927,4	2,4	2 3/4
Konsumausgaben des Staates	505,7	615,3	721,9	4,0	3 1/4
Bruttoanlageinvestitionen	547,8	626,1	783,5	2,7	4 1/2
Vorratsinvestitionen	21,9	-27,6	-26,6	-	-
Außenbeitrag	132,1	238,8	276,5	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in% des BIP	4,9	7,6	7,5	-	-

Nach Angaben des Statistischen Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; Zeitraum 2021/2016: eigene Prognose. – ¹ Im Prognosezeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

Der private Konsum wird weiterhin voraussichtlich kräftig expandieren, da der Beschäftigungsaufbau wohl anhält und angesichts der zunehmenden Knappheit am Arbeitsmarkt die Löhne demnach etwas stärker angehoben werden als bislang. Auch beim öffentlichen Konsum ist aufgrund der alterungsbedingt verstärkt steigenden Gesundheitsausgaben eine merkliche Ausweitung zu erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften von der hohen Kapazitätsauslastung und den niedrigen Zinsen profitieren. Kräftige Impulse kommen weiterhin von den Bauinvestitionen, die neben dem niedrigen Zinsniveau und den günstigen Einkommensperspektiven auch von der Zuwanderung angeregt werden. Infolge der weltwirtschaftlichen Erholung sind auch Exportchancen der deutschen Wirtschaft mittelfristig gut, zumal in den überdurchschnittlich wachsenden Schwellenländern der Bedarf an technisch hochwertigen Investitionsgütern aus Deutschland hoch bleibt. Die Importe erhalten Impulse von der lebhaften Binnenkonjunktur und dürften ähnlich kräftig wie die Exporte anziehen, so

dass sich der Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mittelfristig kaum ändert.

Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich im Projektionszeitraum leicht verstärken und sich dem Inflationsziel der EZB annähern. Der BIP-Deflator wird aufgrund der anhaltend hohen Kapazitätsauslastung im Inland voraussichtlich stärker steigen als in der zurückliegenden Dekade, und zwar um 1,6% in diesem Jahr, um 1,8% im kommenden Jahr und um durchschnittlich 1,7% je Jahr von 2019 bis 2021.

Literatur

Brücker, H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. IAB. Nürnberg.

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Binnenwirtschaftliche Impulse bei erhöhter weltwirtschaftlicher Unsicherheit. *RWI Konjunkturberichte* 67 (4): 17-32.

Breuer, S., und S. Elstner (2017). Projektion der deutschen Wachstumsperspektiven – Die Methode des Sachverständigenrats. Mimeo.

Boysen-Hogrefe, J., et al. (2017), Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2017. Kieler Konjunkturbericht 30 (2017 | Q1). Kiel, Institut für Weltwirtschaft.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, H. Gebhardt, P. Jäger, M. Micheli und S. Rujin (2017), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von Binnenwirtschaft getragen. *RWI Konjunkturberichte* 68 (1): 33-91.

European Commission (2014), The 2015 Ageing Report. Underlying Assumptions and Projection Methodologies. European Economy 8/2014, Brüssel.

Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, F. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy. Economic Papers 535, Brüssel.

Orlandi, F. (2012). Structural unemployment and its determinants in the EU countries. European Commission Economic Papers 455. Brüssel.

Statistisches Bundesamt (2015), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13.koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile.
Download am 3.2.2016.

Statistisches Bundesamt (2017a), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Vorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis von 2015. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungBundeslaender2060_Aktualisiert_5124207179005.xlsx?__blob=publicationFile.
Download am 10.6.2017.

Mittelfristprojektion bis 2021

Statistisches Bundesamt (2017b), Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf 82,8 Mio gestiegen, Pressemitteilung vom 27.01.2017, Nr. 33/17.

Roland Döhrn

Die Lage am Stahlmarkt: Nachfrage nach Stahl belebt sich¹

Kurzfassung: Die Stahlindustrie befindet sich weltweit im Aufwind. In nahezu allen Regionen wird die Rohstahlerzeugung wieder ausgeweitet. Ausschlaggebend sind eine Belebung des Welthandels und eine weltweit lebhaftere Investitionstätigkeit. Da sich diese Entwicklung fortsetzen dürfte, ist eine Zunahme der globalen Rohstahlerzeugung um rund 3% sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr zu erwarten. Damit würde die Kapazitätsauslastung weltweit etwas steigen, das Problem der Überkapazitäten dürfte sich so aber nicht lösen lassen. In Deutschland war die Grundtendenz in der Rohstahlerzeugung in den vergangenen Monaten positiv. Hintergrund ist, dass der konjunkturelle Aufschwung deutlich stahlintensiver geworden ist. Die Außenhandelsbilanz mit Walzstahl war zwar negativ, hat sich zuletzt aber tendenziell verbessert. Da die deutsche Konjunktur aufwärts gerichtet bleiben dürfte, zeichnet sich für den Prognosezeitraum eine Zunahme der Rohstahlerzeugung ab, und zwar um 1,5% in diesem und 0,9% im kommenden Jahr. Ungeachtet dessen dürfte in Anbetracht des fortbestehenden Kostendrucks die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie rückläufig sein.

Abstract: The iron and steel sector follows an upward trend. In nearly all regions crude steel production has been rising recently. Driving factors are a re-vitalization of world trade and a more vivid investment in fixed capital. Since these tendencies can be expected to continue, we forecast an increase of global crude steel production by 3 per cent each in this year and the next. Thus, capacity will rise somewhat. However, this will not be sufficient to solve the problem of global over-capacities. In Germany, crude trade production showed a positive tendency during the recent months. The reason behind is that the economic upswing has become more steel intensive. The trade balance of rolled steel continued to be negative but it improved somewhat recently. Because the economic outlook for Germany is positive, we forecast an increase of crude steel production by 1.5 per cent in this year and 0.9 percent in the next year. Nevertheless, employment in the iron and steel will be curbed, since cost pressure remains high.

¹ Abgeschlossen am 11.07.2017. Der Verfasser dankt Svetlana Rujin und Sabine Weiler für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen. Kontaktadresse: doehrn@rwi-essen.de.

1. Rohstahlerzeugung nimmt weltweit wieder zu

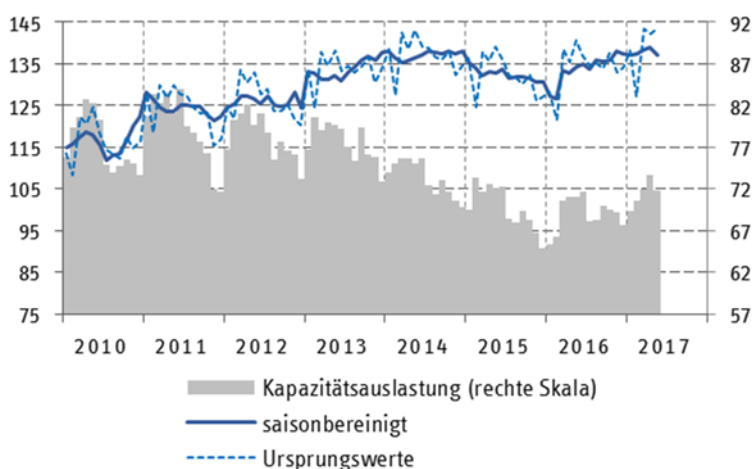
Die Stahlindustrie befindet sich international seit dem Frühjahr 2016 im Aufwind. Die weltweite Rohstahlerzeugung ist seitdem wieder aufwärtsgerichtet, nachdem sie zuvor für etwas mehr als ein Jahr gesunken war. Mittlerweile wurde dieser Rückgang mehr als ausgeglichen und die Stahlerzeugung erreichte einen neuen Höchststand. Damit verbesserte sich auch die Auslastung der globalen Produktionskapazitäten wieder, wenngleich der Auslastungsgrad mit rund 72% immer noch in längerfristiger Perspektive gering ist.

Der nunmehr fast 18 Monate anhaltende Anstieg der globalen Rohstahlerzeugung steht allem Anschein nach auf breiter Basis. Dis wird daran sichtbar, dass nahezu alle Regionen zu dem Zuwachs beigetragen haben (Schaubild 2). Zwar wird der Um-schwung in den Veränderungsraten stark von China geprägt, jedoch keineswegs in einem Maße, das darauf hinweist, dass China dessen einzige Quelle sei. Vielmehr nahm auch in der EU, in Japan und in den USA die Produktion zu, und die nicht gesondert aufgeführten Länder leisten ebenfalls einen nennenswerten Beitrag. Einen wesentlichen Anteil daran hat Indien, dessen Bedeutung als Stahlproduzent inzwischen die der USA übersteigt. Eine lebhaftere Nachfrage nach Stahl passt auch insofern ins weltwirtschaftliche Gesamtbild, als sich seit dem Herbst vergangenen

Schaubild 1

Welt-Rohstahlerzeugung und Kapazitätsauslastung in der Stahlindustrie

2010 bis 2017; in Mill. Tonnen bzw. in %

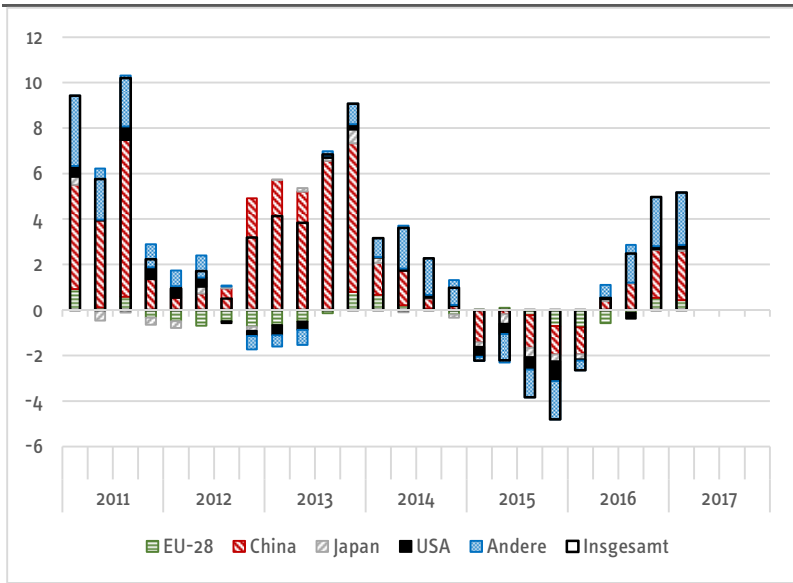


Eigene Berechnungen nach Angaben von worldsteel.

Schaubild 2

Welt-Rohstahlerzeugung nach Regionen

2011 bis 2016; Beiträge zur Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen nach Angaben von worldsteel.

Jahres nach längerer Flaute der Welthandel deutlich belebt hat, und dass allem Anschein nach weltweit auch wieder mehr in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge investiert wird; beides sind Bereiche mit einer erheblichen Stahlintensität.

Die Erholung der Nachfrage nach Stahl ging mit anziehenden Preisen einher (Schaubild 3).² Zwar haben sich zumindest zeitweise auch die Rohstoffe für die Stahlherstellung spürbar verteuert (Schaubild 4). Bei jüngst wieder rückläufigen Preisen und der vielfach steigenden Kapazitätsauslastung dürften sich aber die Margen der Stahlproduzenten etwas verbessern, selbst wenn jüngst die Stahlpreise wohl auch wieder leicht rückläufig waren.

² Da die in früheren Berichten verwendete Datenquelle nicht mehr zur Verfügung steht, wird hier ein neuer Referenzpreis für Warmbreitband verwendet. Er wird aus der deutschen Außenhandelsstatistik abgeleitet. Berechnet wird der Mittelwert aus den deutschen Einfuhr- und den Ausfuhrpreisen für zwei Spezifikationen von Warmbreitband. Dahinter steht die Überlegung, dass die Entwicklung dieser Preise die Gegebenheiten auf dem Weltmarkt widerspiegelt. Die in Euro je Tonne angegebenen Preise werden – um die Vergleichbarkeit mit früher hier verwendeten Preisen zu wahren – in Dollar je Tonne umgerechnet.

Schaubild 3

Preis für Warmbreitband

2011 bis 2017; auf Dollar-Basis, 2010=100

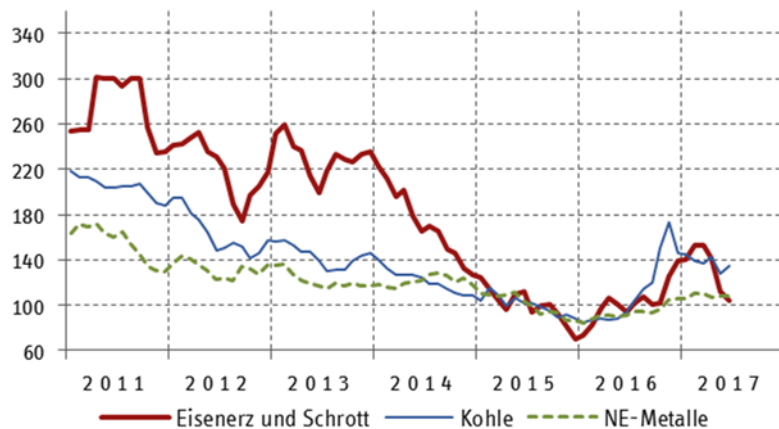


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamts. Vgl. dazu auch Fußnote 2.

Schaubild 4

Preise für Rohstoffe der Stahlindustrie

2011 bis 2017; auf Dollar-Basis, 2010=100



Eigene Berechnungen nach Angaben des HWWI.

Schaubild 5

Rohstahlerzeugung in Deutschland

2011 bis 2017; in 1000 t je Monat



Eigene Berechnungen nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

In ihrem kurzfristigen Ausblick für den Stahlmarkt vom April 2017 war worldsteel (2017) von einer Ausweitung der globalen Nachfrage nach gewalztem Stahl um 1,3% in diesem und um 0,9% im kommenden Jahr ausgegangen. Im Lichte aktueller Daten scheint dies eine konservative Schätzung zu sein. Die weltweite Rohstahlerzeugung übertraf in den ersten fünf Monaten dieses Jahres den Vorjahreswert um 4,5%. Da sich in globalem Maßstab die Nachfrage nach gewalztem Stahl und die Rohstahlerzeugung nicht sehr weit auseinander entwickeln dürften, ist aus dem bisherigen Jahresverlauf ein stärkerer Anstieg der globalen Stahlerzeugung angelegt als dies die worldsteel-Vorausschätzung impliziert, zumal die aktuellen Stimmungskennzeichen auf ein Anhalten des weltwirtschaftlichen Aufschwungs hindeuten. Vor diesem Hintergrund erwarten wir eine Zunahme der Rohstahlerzeugung weltweit um jeweils rund 3% in diesem und im kommenden Jahr. Dies gilt freilich nur unter der Voraussetzung, dass es nicht zu handelsbeschränkenden Maßnahmen kommt.

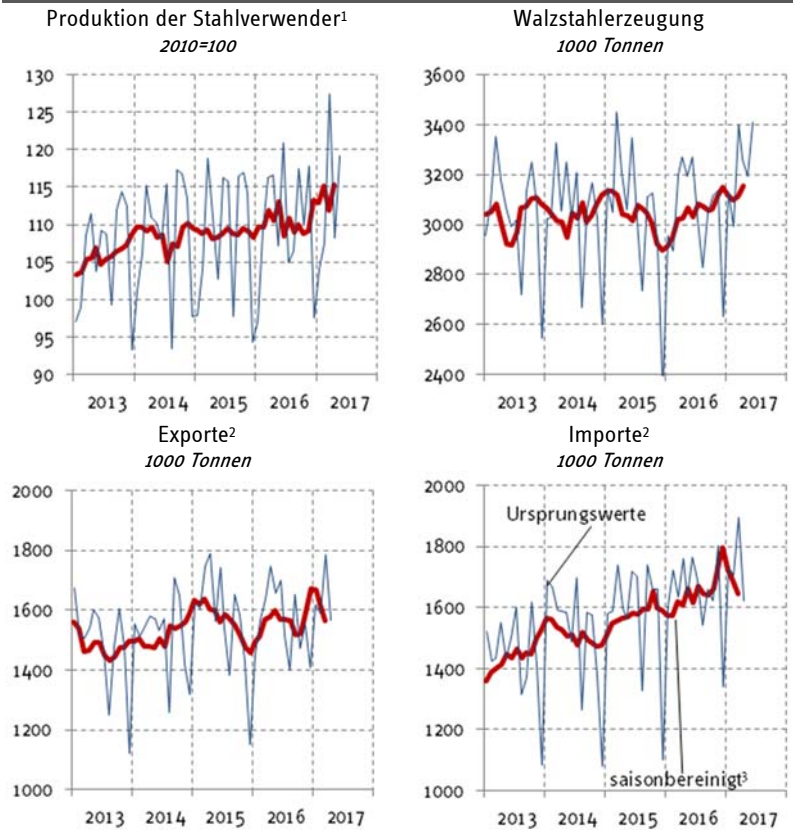
2. Deutsche Stahlkonjunktur zeigt sich freundlicher

Die Lage in der deutschen Stahlindustrie hat sich in den vergangenen Monaten aufgehellt. Die Rohstahlerzeugung ist konjunkturell leicht aufwärts gerichtet (Schaubild 5). In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurde zusammengefasst das

Stahlbericht 2017

Schaubild 6

Produktion der Stahlverwender, Walzstahlerzeugung und Außenhandel mit Stahl
2013 bis 2017



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Wirtschaftsvereinigung Stahl. - ¹Mit dem Anteil am Stahlverbrauch gewichteter Produktionsindex der stahlverwendenden Industrien. - ²Walzstahlerzeugnisse, ohne Erzeugnisse der Rohrwerke. - ³Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Vorjahresergebnis um 1,7% übertroffen. Diese Belebung spiegelt wieder, dass aufgrund der seit Beginn 2017 wieder steigenden Unternehmensinvestitionen und der zunehmenden Ausfuhren der Konjunkturaufschwung in Deutschland stahlintensiver geworden ist. Dies zeigt sich in einer beschleunigten Zunahme der Produktion der Stahlverwender. Wesentliche Impulse kommen dabei vom Baugewerbe, das unter anderem von den niedrigen Zinsen, einer wachsenden Nachfrage nach Wohnraum und aufgestockten Investitionsbudgets der öffentlichen Hand profitiert. Allerdings

schlägt eine lebhafte Bautätigkeit erfahrungsgemäß nur gedämpft auf die heimische Rohstahlerzeugung durch, da gerade Baustahl in hohem Maße importiert wird.

Schwächer als der inländische Stahlverbrauch haben sich die Stahlexporte entwickelt. Diese belebten sich zwar gegen Ende vergangenen Jahres etwas, haben diesen Gewinn aber in den ersten Monaten dieses Jahres wieder eingebüßt. Ausschlaggebend hierfür sind rückläufige Ausfuhren in einige EU-Länder. In der Grundtendenz aufwärtsgerichtet blieben die Einfuhren, wenn auch diese nach einem starken Anstieg zum Jahresende 2016 zuletzt wieder gesunken sind, insbesondere die Einfuhren aus Drittländern wie China, der Türkei und Russland. Die Außenhandelsbilanz mit Walzstahl war zwar negativ, hat sich aber zuletzt tendenziell verbessert

Die Kapazitätsauslastung der deutschen Stahlindustrie lag im Jahresdurchschnitt 2016 ähnlich wie in den Vorjahren bei 86%, was ein im internationalen Vergleich außerordentlich günstiger Wert ist. In der ersten Jahreshälfte 2017 dürfte sogar noch höher gewesen sein.

3. Deutsche Rohstahlerzeugung nimmt leicht zu

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im kommenden Jahr fortsetzen (Döhrn et al. 2017). Dabei zeichnet sich eine Belebung der Investitionstätigkeit ab, was sich in einem steigenden Stahlbedarf niederschlägt. Die Produktion der wichtigen stahlverwendenden Industrien dürfte vor diesem Hintergrund beschleunigt ausgeweitet werden. Zwar dürfte der spezifische Stahlverbrauch in der Tendenz weiter sinken. Der erwartete Produktionsanstieg der Stahlverwender wird diesen Effekt aber wohl überkompensieren und damit die Stahlverwendung zunehmen.

Bei ohnehin recht hoher Kapazitätsauslastung der deutschen Stahlindustrie und weiterhin lebhaften Bauinvestitionen, auf die die Importe stärker reagieren als auf die Ausrüstungsinvestitionen, dürften die Einfuhren von Walzstahl beschleunigt zunehmen und sich damit auch die Importquote erhöhen. Zwar dürften insbesondere aufgrund der inzwischen recht deutlich aufwärts gerichteten Konjunktur im Euro-Raum auch die Stahlausfuhren spürbar zulegen, jedoch im kommenden Jahr wohl langsamer als die Einfuhren.

Vor diesem Hintergrund wird die Erzeugung von gewalzten Stahlerzeugnissen wie von Rohstahl im Prognosezeitraum zwar voraussichtlich weiter zunehmen, jedoch wohl langsamer als in den ersten Monaten dieses Jahres. Alles in allem erwarten wir eine Rohstahlerzeugung von 42,7 Mill. Tonnen in diesem Jahr, das wäre ein Plus gegenüber 2016 von 1,5%. Für 2018 prognostizieren wir vor dem Hintergrund der

Stahlbericht 2017

Tabelle 1
Walzstahlbilanz für Deutschland
2014 bis 2018; in Mill. t

	2014	2015	2016	2017 ^p	2018 ^p	2016	2017 ^p	2018 ^p
						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Produktion der Stahlverwender ¹ 2010=100	108,8	108,9	110,1	113,1	116,1	1,1	2,7	2,6
Stahlverwendung ²	37,1	36,7	36,8	37,4	38,0	0,1	1,7	1,5
Lagerveränderung	-0,7	-0,0	0,8	0,1	0,0	-	-	-
Marktversorgung ³	36,4	36,7	37,6	37,5	38,0	2,5	-0,2	1,2
Einfuhr Walzstahlerzeugnisse ⁴	18,2	19,0	19,8	20,1	21,0	4,3	1,8	4,2
Ausfuhr Walzstahlerzeugnisse ⁴	18,2	18,8	18,8	19,5	20,1	-0,3	3,8	3,2
Erzeugung gewalzter Stahlerzeugnisse	36,4	36,5	36,6	36,9	37,1	0,2	0,8	0,6
Rohstahlerzeugung	43,0	42,7	42,1	42,7	43,1	-1,4	1,5	0,9
	nachrichtlich							
Einfuhrquote ⁵ , in %	49,9	51,7	52,6	53,7	55,3	-	-	-
Ausfuhrquote ⁶ , in %	49,9	51,5	51,3	52,8	54,2	-	-	-
Produktivität, in kg je Beschäftigtenstunde ⁷	407	413	412,1	424,1	434,6	-0,2	2,9	2,5
Beschäftigte in 1 000 ⁸	89,0	59,0	88,5	88,1	86,8	-0,6	-0,4	-1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Wirtschaftsvereinigung Stahl und des Bundesverbands Deutscher Stahlhandel. – ¹Mit den Anteilen am Stahlverbrauch gewichteter Produktionsindex der Stahlverwender. – ²Walzstahlerzeugnisse. – ³Walzstahlerzeugung zuzüglich Import abzüglich Export. – ⁴Ohne Erzeugnisse der Rohrwerke. – ⁵Einfuhren in % der Marktversorgung. – ⁶Ausfuhren in % der Walzstahlerzeugung. – ⁷Bezogen auf die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie. – ⁸Eisenschaffende Industrie: Eisen- und Stahlindustrie und örtlich verbundene Betriebe. – ^pEigene Prognose.

nochmals verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen nochmaligen Zuwachs um 0,9% auf 43,1 Mill. Tonnen.

Die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie war bei vergleichsweise stabiler Produktion einerseits, einem anhaltenden Produktivitätsfortschritt andererseits in den vergangenen Jahren rückläufig. Dabei wurden Entlassungen zum Teil durch eine Verkürzung der Arbeitszeit vermieden; das in der Eisen- und Stahlindustrie geleistete Arbeitsvolumen sank zwischen 2011 und 2016 um 3,8%, die Beschäftigung lediglich um 2,5%. Die Beschäftigung in den Betrieben, die eine erste Bearbeitung von Stahl vornehmen, ist hingegen leicht gestiegen, weil sie nicht nur in Deutschland produzierten, sondern zum Teil auch importierten Stahl verarbeiten. Dies stützte tendenziell die Beschäftigung in der Eisenschaffenden Industrie, die zwischen 2011 und 2016

nur um 2% sank. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Beschäftigungsabbau in gegenüber zuletzt etwas erhöhtem Tempo fortsetzen.

4. Bessere Stahlkonjunktur ändert nichts an den Problemen des Stahlsektors

Die konjunkturellen Aussichten für die Stahlindustrie stehen in diesem und im kommenden Jahr nicht schlecht, weltweit wie in Deutschland. Dies gilt zumindest unter der in dieser Prognose getroffenen Annahme, dass die handelspolitischen Auseinandersetzungen nicht eskalieren. Gleichwohl dürfte die bessere Konjunktur nichts an dem Grundproblem ändern, das hinter den angedrohten oder bereits ergriffenen protektionistischen Maßnahmen steht: Das Problem weltweiter Überkapazitäten. Die Auslastung der Erzeugungskapazitäten lag im Jahr 2016 in der EU, in den USA und in China gleichermaßen bei knapp 70%. Selbst bei einer Zunahme der globalen Stahlproduktion im hier prognostizierten Maße dürfte die Kapazitätsauslastung nur unwesentlich zunehmen. Mithin dürfte sich auch die Rentabilität der Stahlerzeuger, die im Vergleich zu Unternehmen aus anderen Branchen gering ist (OECD 2017: 14-15), nur wenig verbessern.

So besteht die Gefahr einer handelspolitischen Eskalationsspirale im Stahlsektor: Die Vereinigten Staaten drohen mit handelspolitischen Maßnahmen gegen europäische Produzenten. Die EU hat für den Fall, dass diese umgesetzt werden, bereits mit Abwehrmaßnahmen gedroht. Ihrerseits ist die EU bereits handelspolitisch aktiv geworden und beschränkt die Einfuhren von „Billigstahl“ aus China und einigen anderen Ländern. In handelspolitischen Auseinandersetzungen dürfte es keine Gewinner geben, aber viele Verlierer, etwa die Stahlverwender, die in jedem Fall mehr für Stahl bezahlen müssten, bisweilen womöglich sogar ihn nicht in den gewünschten Mengen oder Qualitäten beschaffen könnten.

Eine grundlegende Besserung der Lage wäre nur dann zu erwarten, wenn es gelänge, die Erzeugungskapazitäten zurückzuführen. Dem politischen Willen dazu haben die Regierungen der G20-Länder in der Schlussklärung des Gipfels in Hamburg Ausdruck gegeben. Schwieriger scheint es zu sein, dieses Ziel zu erreichen. Selbst in China, wo die Möglichkeiten des Staates einzugreifen größer ist als in westlichen Marktwirtschaften und wo bei einem nach wie vor vergleichsweise hohen Wirtschaftswachstum eher Ersatzarbeitsplätze für die von Kapazitätsstillegungen betroffenen Arbeitnehmern entstehen, ist es der Wirtschaftspolitik nicht gelungen, trotz bereits früh ergriffener Versuche, den Kapazitätsaufbau zu kontrollieren und das Entstehen erheblicher Überkapazitäten zu vermeiden (Zhang 2016).

Noch schwieriger ist dies in Europa, wo die Interessenlage mitunter widersprüchlich ist. Dies lässt sich am Verkauf des im süditalienischen Tarent gelegenen Ilva-Stahlwerks an ArcelorMittal verdeutlichen. Es ist hoch-defizitär und stand zuletzt wegen Verstößen gegen Umweltstandards unter staatlicher Zwangsverwaltung. Für den italienischen Staat steht hier der Erhalt von 10.000 Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Region im Vordergrund, für den Erwerber der bisher fehlende direkte Zugang zum italienischen Markt. Dabei soll die Produktion in Tarent mittelfristig um 50% erhöht werden, was angesichts der Überkapazitäten eigentlich nur zulasten anderer Stahlstandorte möglich sein dürfte. Mit dem ebenfalls defizitären, aber als regionaler Arbeitgeber wichtigen Stahlwerk im walisischen Port Talbot steht ein weiterer Stahlstandort vor der Rettung, nachdem mit der britischen Regierung eine Regelung für die Pensionsverpflichtungen gefunden wurde.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Druck auf die europäischen Stahlpreise anhalten, mit oder ohne Importe aus China.

Literatur

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, H. Gebhardt, P. Jäger, M. Micheli, S. Rujin, T. Schmidt (2017), Weiterhin gute Konjunktur. *RWI Konjunkturberichte* 68(2): 5-15.

OECD (2017), Steel Market Developments. Q2 2017. Paris, OECD.

worldsteel (2017), Steel recovery strengthens, but geopolitical uncertainty clouds outlook. worldsteel Short range Outlook April 2017. www.worldsteel.org. Download am 3. Juli 2017.

Zhang, F. (2017), Restructuring of the Chinese Steel Industry. Retrospects and Prospects. *Asian Steel Watch* 2 (Oct 2016): 78-87.